

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



Hamburger „Dom“ und Prypjat: Bilder aus der Ausstellung „Brokdorf/Tschernobyl: Was wäre, wenn ...“ des Fotografen Alexander Neureuter (siehe Seite 3)

Rette sich, wer kann ...

Aktionswoche gegen Atomfahren vom 5. bis 11. November: Mach mit!

Liebe Freundinnen und Freunde,

1,67 Euro: Das ist der Betrag, um den laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) der monatliche Hartz-IV-Satz und das Wohngeld angehoben werden müssten, um die wachsende Umlage für erneuerbare Energien auszugleichen. Den Staat würde das 154 Millionen Euro im Jahr kosten. Dass die Umlage von 3,6 auf 5,3 Cent je Kilowattstunde steigt, hat viel mit der Subventionierung der energieintensiven Industrie zu tun (Seiten 8/9). Aber es spült einen Milliardenbetrag an zusätzlichen Steuern in die Staatskassen. Kein Problem also, die soziale Schieflage auszugleichen.

Für alle anderen Haushalte gilt: Der Strompreis macht nur zwei bis drei Prozent des Familienbudgets aus. Die Steigerung ist tragbar, wenn sie wirklich der Abkehr von Atomkraft und klimaschädlicher

Kohle dient. Umfragen belegen, dass die allermeisten lieber jetzt etwas mehr für Strom zahlen, als irgendwann mit den Folgen einer Atomkatastrophe konfrontiert zu sein.

Dass bei den neun noch lange Jahre laufenden AKW in Deutschland jeder Tag der eine zu viel sein kann, hat der EU-Stresstest gerade eindrücklich bewiesen (Seite 2). Es ist beunruhigend, wenn sogar bei einem Pseudo-Prüfprogramm, das dazu erfunden wurde, uns in Sicherheit zu wiegen, solch eklatante Mängel sichtbar werden.

ausgestrahlt ruft dazu auf, die Folgen einer Reaktorkatastrophe sichtbar zu machen, um die aktuelle Energie-Debatte vom Kopf auf die Füße zu stellen. Zeig mit uns zusammen, warum die Energiewende dringend nötig ist – und zwar deutlich schneller, als bisher geplant.

Vom 5. bis 11. November kannst Du Dich alleine, mit FreundInnen oder mit einer Gruppe an der bundesweiten dezentralen Aktionswoche „Rette sich, wer kann“ beteiligen. Wir bieten dazu vielfältige Aktions- und Infomaterialien an (Seiten 4/5).

Das .ausgestrahlt-Team

„Solarstrom ist gefährlich für Konzerne“
Warum die EEG-Umlage steigt, wer davon profitiert und warum jetzt alle über Strompreise diskutieren **Seiten 8–9**

Fukushima hätte auch bestanden
Was uns der EU-Stresstest lehrt **Seite 2**

„Man kann die radioaktive Wolke sehen“
Messwertanalysen, Anti-Atom-Atomforscher, Anti-Ausstieg-Fabrik, Tschernobyl-Kinder **Seiten 14–15**

seit Oktober: Wanderausstellung „Was wäre, wenn ...“ mit Fotos aus den Regionen um Tschernobyl und Brokdorf
im November: Protest gegen MOX-Transport nach Grohnde

Seite 3

Rundbrief kostenlos
abonnieren: Seite 12

Nur die Spitze des Eisbergs

Der EU-„Stresstest“ verharmlost die Gefahren der Atomenergie. Trotz großer Sicherheitsmängel wird kein AKW stillgelegt. Umweltminister hält Nachrüstungen für unnötig



Foto: Alexander Neureuter

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hat umfassende Änderungen für die Hauptuntersuchung von Kraftfahrzeugen angekündigt: Zukünftig reicht es aus, wenn die Autobesitzer dem TÜV einen Fragebogen ausfüllen, in dem allerdings sicherheitsrelevante Bereiche wie die Bremsen oder die Beleuchtung gar nicht vorkommen. Abgefragt wird lediglich, ob Sicherheitsgurte vorhanden sind. Stichprobenartig kann der TÜV Prüfer zu den Fahrzeughaltern schicken, um die Angaben zu kontrollieren. Aber auch diese überprüfen nicht, ob die Gurte funktionieren, sondern nur, ob sie vorhanden sind. Falls sie fehlen, kann der TÜV nicht anordnen, diese einzubauen, sondern es nur empfehlen. Und es kommt auf das Alter des Autos an, ob noch nachgerüstet werden soll, oder ob dies für den Halter eine unzumutbare finanzielle Belastung darstellt. In diesem Fall kann er auch noch ein paar Jahre einfach so weiterfahren.

Natürlich ist diese Geschichte von vorne bis hinten erfunden. Ramsauer würde mit so einem Vorschlag niemals durchkommen, weil völlig klar ist, dass dieses Vorgehen die Verkehrssicherheit gefährden und zu unzähligen Unfallopfern führen würde. Anders verhält es sich dagegen in der Atomtechnik. Der Anfang Oktober von EU-Energiekommissar Günther Oettinger (CDU) vorgestellte „Stresstest“ für Atomkraftwerke funktioniert genau nach den eben beschriebenen Spielregeln: Die An-

gaben stammen von den AKW-Betreibern selbst. Überprüft wurde nicht, ob wesentliche Sicherheitseinrichtungen funktionieren, ob es Risse im Reaktordruckbehälter gibt oder das Kraftwerk gegen Flugzeugabstürze ausgelegt ist, sondern nur, ob bestimmte Notmaßnahmen greifen, wenn der Störfall schon da ist. Nur einzelne Anlagen wurden von Prüfern besucht – allerdings nur kurz und ohne zu testen, ob die Technik wirklich funktioniert.

Altmaier gegen Nachrüstungen

Trotzdem traten reihenweise Mängel zutage, die aber, so viel ist bei dem gewählten Verfahren klar, nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Die allermeisten Sicherheitsdefizite kommen im EU-Stresstest überhaupt nicht vor. Anders ausgedrückt: Wenn schon ein so lascher Test solche Mängel offenbart, dann sollte die Bevölkerung Europas alarmiert sein.

Wer nun denkt, dass die mangelhaften Atomkraftwerke stillgelegt würden oder zumindest so lange abgeschaltet, bis entsprechende Sicherheitstechnik nachgerüstet ist, der täuscht sich gewaltig. Die EU hat nicht die Macht, Nachrüstungen zu verlangen. Das können nur die nationalen Aufsichtsbehörden – wenn sie denn wollen. Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) hat sofort klargestellt, dass Nachrüstungen bei AKWs, die in drei bis zehn Jahren vom Netz gehen sollen, aus seiner Sicht nicht mehr nötig sind: Es sei

„wenig vermittelbar, wenn Deutschland jetzt noch stark nachrüstet und Frankreich nicht, obwohl die Atomkraftwerke dort noch 20 Jahre in Betrieb sind.“

Wir kennen das aus der Geschichte des AKW Biblis: Nachdem es dort im Jahr 1987 zu einem Beinahe-GAU gekommen war, erließ der damalige hessische Umweltminister Karlheinz Weimar (CDU) zwar 49 Nachrüstungs-Auflagen. Doch bis zur Stilllegung von Biblis im Jahr 2011 hatte der Betreiber RWE mit Billigung der hessischen Atomaufsicht nur etwa die Hälfte davon umgesetzt. In manchen europäischen Reaktoren sind bis heute die Nachrüstungen nicht erfolgt, die nach der Teil-Kernschmelze 1979 im US-AKW Harrisburg empfohlen worden waren.

Wie hätte Fukushima abgeschnitten?

Tero Varjoranta, Vorsitzender der EU-Arbeitsgruppe für nukleare Sicherheit (Enreg), die den Stresstest durchgeführt hat, regte vor dessen Veröffentlichung in einer Stellungnahme an, die EU-Kommission solle die Ergebnisse „so sorgfältig formulieren und präsentieren, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit nicht untergraben wird“ und „hervorheben, dass im Ergebnis des Stresstests keines der europäischen AKWs aus Sicherheitsgründen abgeschaltet oder geschlossen werden müsste“.

Oettinger tat dann auch bei der Vorstellung seines Berichts alles, um die Öffentlichkeit zu beruhigen. Er sprach nicht von „Handlungsbedarf“, sondern von „Handlungspotenzial“, nicht von „Nachrüstungsnotwendigkeiten“ sondern von „Nachrüstungsmöglichkeiten“. George Orwell nannte so etwas in seinem Roman 1984 „Neusprech“.

Übrigens: Wäre das AKW Fukushima vor zwei Jahren nach den Kriterien des EU-Stresstests überprüft worden, dann wäre es nicht stillgelegt worden, sondern die Behörden hätten lediglich Nachrüstungsempfehlungen gegeben – natürlich ohne Frist zu deren Umsetzung.

Jochen Stay

MOX-TRANSPORTE STOPPEN

3.11.: Demo in Grohnde; Tag X: Mahnwachen und Blockaden von Nordenham bis Grohnde

Der ausdauernde Widerstand namentlich der Anti-Atom-Initiativen aus dem Weserbergland und der Wesermarsch gegen den Transport plutoniumhaltiger MOX-Brennstäbe ins AKW Grohnde hat eine Debatte um dieses hochgefährliche Material losgetreten, das in allen deutschen AKW zum Einsatz kommt (siehe Rückblick Seite 10 und Hintergrund Seite 7). Im November soll eine zweite Plutonium-Fuhre nach Grohnde rollen. Das Anti-Atom-Plenum Weserbergland und andere Initiativen rufen

für **Samstag, den 3.11. um 13 Uhr** zu einer **Demo vom Bahnhof Emmerthal zum AKW Grohnde** auf. Für den „Tag X“, an dem die Plutonium-Lkw per Schiff im Hafen von Nordenham eintreffen um von dort nach Grohnde zu fahren, sind **Mahnwachen** und **Blockaden** in Nordenham, Grohnde und entlang der gesamten Transportstrecke geplant. .ausgestrahlt organisiert eine **Mitfahrbörse** und eine **SMS-Alarmliste**, auf www.ausgestrahlt.de/mox kannst Du Dich eintragen.



Protest gegen MOX-Transporte Foto: www.anti-atom.org



Fotos: Alexander Neureuter

„WAS WÄRE, WENN ...“

Wanderausstellung stellt Bilder aus Tschernobyl und Brokdorf gegenüber

Was wäre, wenn es im AKW Brokdorf zu einem schweren Atomunfall kommt? Kaum einer kann sich das vorstellen. Der Fotograf Alexander Neureuter hat in Tschernobyl nach Antworten auf diese Frage gesucht. In der .ausgestrahlt-

Wanderausstellung „Was wäre, wenn ...“ stellt er seinen Eindrücken von dort Fotos ähnlicher Orte aus Brokdorf und Norddeutschland gegenüber. Die Schau mit 70 großformatigen Bildern samt Begleittexten geht ab Oktober in drei

Exemplaren auf Tournee, zunächst in Schleswig-Holstein, Hamburg und Nord-Niedersachsen. Du kannst sie auch in Deine Stadt holen. Termine, Begleitprogramm und weitere Infos:

www.ausgestrahlt.de/brokdorf



„Rette sich, wer kann!“

5.–11. November: Bundesweite, dezentrale Aktionswoche zu den katastrophalen Folgen eines Super-GAU, der auch bei uns jeden Tag passieren kann

Mit Bergen von Jodtabletten, dicken Ordnern voller Pläne und ein paar Dekontaminationsfahrzeugen – so, wollen uns Behörden und AKW-Betreiber glauben machen, lässt sich auch ein Super-GAU überstehen. Wir alle wissen, dass das nicht stimmt. Selbst Gebiete in 170 Kilometer Entfernung vom Reaktor, das wies das Bundesamt für Strahlenschutz in einer Modellrechnung nach, könnten bei einem Super-GAU

unbewohnbar werden; Millionen Menschen müssten fliehen. Und das ist bei Weitem nicht das schlimmste Szenario. Nur: In der öffentlichen Debatte über unsere Energieversorgung fällt all dies viel zu oft unter den Tisch.

Aktionsideen auch für Einzelne

.ausgestrahlt ruft deswegen dazu auf, die katastrophalen Auswirkungen eines Super-

GAU öffentlich zu machen. Mit einer **bundesweiten Aktionswoche** – Motto: „Rette sich, wer kann!“ – vom **5. bis 11. November** wollen wir das Augenmerk wieder auf die tödliche Gefahr lenken, die uns jeden Tag aus jedem Meiler droht, und diese sichtbar machen. Dazu haben wir eine Palette an Materialien entwickelt, die Du **alleine oder gemeinsam mit FreundInnen** und Gleichgesinnten nutzen kannst:

- **Tablettenpackungen „Super-GAU akut“**, „Brokdorf akut“ und „Grohnde akut“ mit Pfefferminzdragees und informativem Beipackzettel, wie die echten Jodtabletten „vor dem Störfall einzunehmen“;
- Tabletten im kostengünstigeren **Blisterpack** „Super-GAU akut“, „Brokdorf akut“, „Grohnde akut“, ebenfalls Pfefferminzdragees;
- **Katastrophenschutz-Flyer** (A6, 4-seitig), die Du gut bei allen möglichen Aktionen und am Infostand verteilen kannst;
- **Visitenkarten „Hier können Sie nicht bleiben“**, die Du an die Scheiben parkender Autos klemmen kannst, mit Infos über die mögliche Evakuierungszone bei einem Super-GAU im AKW Brokdorf, Grohnde, Lingen, Gundremmingen, Philippsburg, Neckarwestheim, Grafenrheinfeld oder Isar;
- **Schilder „Atomares Sperrgebiet“** (A2) für die AKW-Standorte Brokdorf, Grohnde, Lingen, Gundremmingen, Philippsburg, Neckarwestheim, Grafenrheinfeld oder Isar, die Du zum Beispiel auf Pappe kleben und unter Ortsschilder hängen kannst;
- die neue, 32-seitige **.ausgestrahlt-Broschüre** „Rette sich, wer kann!“ mit Fragen und Antworten zum Katastrophenschutz bei einem Super-GAU.



Ein Bündnis von verschiedenen Initiativen, darunter .ausgestrahlt, macht seit einigen Monaten Druck für die Stilllegung des AKW Brokdorf. Für die gemeinsam geplante Aktionswoche zum Katastrophenschutz gibt es weitere neue Materialien, die Du natürlich auch zu anderen Anlässen nutzen kannst:

→ **Faltplakat mit Infografiken** über die Gefahren des AKW Brokdorf und die Schwachstellen der Katastrophenschutzpläne;

→ 3,6 x 2,4 Meter große **touristische Hinweisschilder** „Brokdorf Atomare Gefahrenzone“ im offiziellen braunen Design, die Du kaufen oder für Aktionen auch einfach ausleihen kannst.



Alle Materialien kannst Du auf Seite 11/12 sowie unter www.ausgestrahlt.de/shop bestellen, viele sogar kostenlos.

Was, wann, wo?

Auf www.ausgestrahlt.de/rette-sich werden wir eine Übersicht aller geplanten Aktionen an allen Standorten erstellen; schreib dazu an info@ausgestrahlt.de. Um die Aktionswoche zu dokumentieren, freuen wir uns auch über Fotos Deiner Aktion.

Weitere Aktionsideen

- Mobile Dekontaminationsteams (Eimer, Lappen, Feudel, ...) für an der Ampel wartende Fahrzeuge
- „Dekontaminationsschleuse“ in der Fußgängerzone, Überprüfung von PassantInnen auf radioaktive Kontamination
- Atomare Sperrzonen markieren, „Jodtabletten“ verteilen
- „Gewissenstest“ für Katastrophenschutz-helferInnen am Infostand oder im Bekanntenkreis
- Sirenenalarm, Die-In an passenden Orten
- Notfall-Sammelstellenmarkierungen faken
- Katastrophenschutzpläne einsehen, Widersprüche offenlegen und hinterfragen (siehe Seite 6)
- Anzahl der Sirenen, Dekontaminationsstationen, Jodtabletten, StrahlenschutzärztInnen, Krankenhausbetten für Verstrahlte, ABC-Trupps der Feuerwehr etc. ermitteln und öffentlich machen (siehe Seite 6)
- Gruppenfahrten „Wir sind evakuiert“ (in Bademänteln und mit Vogelkäfig)
- Öffentliche Probe-Evakuierung mit dem Wochenendticket, Empfang durch oder Besuch beim Bürgermeister der Aufnahmegemeinde

Mehr Ideen und Infos:

www.ausgestrahlt.de/rette-sich

„SOLLEN UNSERE KINDER DIE STROMRECHNUNG ZAHLEN?“

Plakat- und Postkartenaktion gegen die Angriffe auf die Energiewende

In diesen Tagen schaukelt die Debatte über die angeblich zu teure Energiewende wieder kräftig hoch. Die Atomlobby wittert Morgenluft, schon fordern die ersten, die AKW noch länger am Netz zu lassen als sowieso schon geplant. Mit den Postkarten, die diesem Rundbrief beiliegen, kannst Du gegenhalten. Weitere Exemplare gibt es, ebenso wie Plakate mit denselben Motiven, kostenlos auf Seite 12 und unter www.ausgestrahlt.de/shop



ZWEI JAHRE SUPER-GAU IN FUKUSHIMA

9.3.2013: Große Anti-Atom-Aktionen in Grohnde, Gundremmingen und evtl. Gronau

Noch ist es etwas hin, aber vormerken kannst Du den Termin schon einmal: Am Samstag, den 9. März 2013, zwei Jahre nach Beginn der Atomkatastrophe in Fukushima, wird es zwei bis drei große,

zentrale Anti-Atom-Aktionen geben: in Grohnde (Niedersachsen), Gundremmingen (Bayern) und möglicherweise in Gronau (NRW). Wie genau die aussehen werden, steht noch nicht fest. Klar ist aber:

Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl ist es an der Zeit, öffentlich zu zeigen, dass auch neun AKW noch neun zu viel sind – weil es auch dort jeden Tag zur Katastrophe kommen kann.

Es fährt ein Zug ins Nirgendwo

Ein konkreter Blick in die Katastrophenschutzpläne am Beispiel des AKW Grohnde

Erst nach massiven Protesten von AtomkraftgegerInnen stellte der Landkreis Hameln-Pyrmont die Katastrophenschutzpläne für einen Atomunfall im AKW Grohnde ins Internet. Tobias Darge von der Anti-Atom-Initiative Göttingen wühlte sich durch die Unterlagen – und stieß auf manche Ungereimtheit. Ein paar Beispiele:

Evakuierungen

Der Katastrophenschutzplan sieht Evakuierungen nur im Umkreis von 10 Kilometer um das AKW vor. Im Fall Grohnde beträfe dies 58.000 Menschen, die laut Plan innerhalb von 17 Stunden in den Nachbarlandkreisen untergebracht werden sollen, also etwa 30 bis 50 Kilometer weiter. Nach einer Studie des Bundesamts für Strahlenschutz können bei einem Unfall in 170 Kilometer Entfernung noch auf Jahrzehnte unbewohnbar werden. Es ist also höchst wahrscheinlich, dass auch die im Katastrophenschutzplan vorgesehenen Aufnahmeeregionen radioaktiv verseucht würden. Und allein der Landkreis Hameln-Pyrmont hat 153.000 EinwohnerInnen. Die Annahme der KatastrophenschutzplanerInnen, dass 17 Stunden Zeit seien, bevor die radioaktiven Stoffe in die Umwelt gelangen, hat ebenfalls wenig mit der Realität zu tun. Denn wenn eine Explosion, eine Hochdruckkernschmelze, ein Erdbeben, ein Flugzeug oder anderes das AKW massiv beschädigt, bleibt unter Umständen gar keine Zeit.

Verkehrskollaps

Der Katastrophenschutzplan geht davon aus, dass bei einer Evakuierung 50 bis 70 Prozent der Bevölkerung mit dem eigenen Auto flieht. Es wird also unweigerlich zu Staus kommen. Einbahnstraßenverkehr und andere verkehrslenkende Maßnahmen sind aber längst nicht überall vorgesehen. Zum Teil hören die Planungen auch einfach an der Landkreisgrenze auf.

Im Nachbarkreis Schaumburg etwa gibt es gar keine Verkehrslenkungskonzepte für diesen Fall.

Hameln plant unter anderem, Evakuierungs-Züge nach Hildesheim fahren lassen. In dem Plan der Hildesheimer Behörden kommen die aber gar nicht vor.

Im Haus bleiben

Wenn keine Zeit zum Fliehen bleibt oder die erwartete Dosis nicht ganz so hoch ist, dann würde der Krisenstab anordnen, im Haus zu bleiben und das Vieh in den Stall zu bringen. Unklar ist, was die tun sollen, die gerade nicht zu Hause sind ...

Alarmierung

Laut Katastrophenschutzplan soll die Bevölkerung mit Sirenen alarmiert werden und dann Radio oder Fernseher einschalten. Seit dem Ende des Kalten Krieges wurden allerdings viele Sirenen abgebaut, vor allem dort, wo die Feuerwehr schon lange auf andere Art und Weise alarmiert wird, etwa über Piepser. Die Region Hannover (1,1 Millionen EinwohnerInnen) plant deshalb, die Bevölkerung im Falle eines Falles mit Hilfe von Lautsprecherwagen zu alarmieren. Davon gibt es dort gut 100 Stück. Und die müssen erst mal losfahren und durch das zu erwartende Verkehrschaos kommen.

Fernzone

Göttingen (121.000 EinwohnerInnen) liegt 66 Kilometer vom AKW Grohnde entfernt

und damit in der „Fernzone“ von 25 bis 100 Kilometern. Dort ist lediglich vorgesehen, in Wahllokalen Jodtabletten an Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre und an Schwangere auszugeben; alle anderen sollen leer ausgehen. Die Jodtabletten müssten allerdings erst per Hubschrauber aus dem Fliegerhorst Wunstorf nach Göttingen verfrachtet und dort an die Wahllokale verteilt werden. Und bekanntlich soll man sie schon fünf Stunden vor dem Durchzug der radioaktiven Wolke einnehmen, um das Risiko von Schilddrüsenkrebs zu mindern.

In der „Fernzone“ liegen daneben weitere 33 Landkreise, in denen insgesamt 6,6 Millionen Menschen wohnen.

Dekontamination

Im ganzen Landkreis Göttingen gibt es eine einzige Dekontaminationseinheit. Fliehende sollen dort radioaktiven Staub abdschen und anschließend untersucht werden, ob sie so stark verstrahlt sind, dass sie medizinisch behandelt werden müssen. Die Anlage kann, das haben Übungen gezeigt, pro Stunde etwa 20 Menschen behandeln. Es würde also 1,5 Jahre dauern, alle 250.000 EinwohnerInnen des Landkreises zu untersuchen. Das nächstgelegene regionale Strahlenschutzzentrum, die Medizinische Hochschule Hannover, könnte im Ernstfall 22 hochverstrahlte Menschen medizinisch versorgen. Das Innenministerium in Hannover teilte mit, Niedersachsen sei „nach derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beim Katastrophenschutz gut aufgestellt“.

Der Stoff, den keiner will

MOX ist ein gefährlicher nuklearer Taschenspielertrick

„MOX-Brennelemente sind teuer, schwieriger herzustellen, im AKW komplizierter zu handhaben, strenger überwacht von der IAEA (...), müssen länger abklingen und sind schwieriger zwischenzulagern als Uran-Brennelemente.“ Das Zitat könnte von AtomkraftgegnerInnen stammen. Tatsächlich ist es das schriftliche Resümee eines Eon-Mitarbeiters. Der berichtete am 14. September 2011 auf einem Fachkongress der US-Atommüllkommission von den Erfahrungen bei Eon mit dem Einsatz des umstrittenen Brennstoffs aus einem Gemisch von Uran- und Plutonium(oxid).

Und er räumte mehr oder weniger offen ein, dass es keinen sachlichen Grund gibt, AKW mit diesem hochbrisanten Material zu betreiben.

Dass die plutoniumhaltigen MOX-Brennelemente dennoch in allen neun AKW in Deutschland zum Einsatz kommen, hat nur einen Grund: MOX hilft, den Mythos von der „schadlosen Verwertung“ des Atommülls zumindest noch ein kleines bisschen aufrecht zu erhalten.

Das extrem gefährliche, radioaktive und giftige Schwermetall Plutonium – Millionstel Gramm genügen, um Krebs auszulösen, zugleich ist es Rohstoff zum Bau von Atombomben –, entsteht in jedem Reaktor. In einem AKW fallen pro Jahr etwa 250 Kilogramm an.

Erst trennen, dann mischen

Bis Mitte 2005 schickten auch deutsche AKW einen Großteil ihrer abgebrannten Brennelemente in die Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) Sellafield (GB) und La Hague (F). Das galt als „schadlose Verwertung“, wie sie das Atomgesetz forderte – auch wenn es das nie war. Bei der „Wiederaufarbeitung“ wird das Plutonium extrahiert. MOX ist nichts anders als ein Notbehelf, ein nuklearer Taschenspielertrick, der die selbst erzeugten Plutoniumberge nun wieder zum Verschwinden bringen soll. Denn die Betreiber sind ver-



9. September 2012, Hameln: Demonstration gegen MOX-Transporte, Foto: Michaela Mügge

pflichtet, das Plutonium zurückzunehmen. Also vermischen sie es für teures Geld mit Uran zu sogenannten MOX-Brennelementen, die sie dann, aller Nachteile zum Trotz, als AKW-Brennstoff einsetzen. Aus der Welt ist das Plutonium damit allerdings nicht: In den „abgebrannten“ MOX-Brennelementen ist der größte Teil noch vorhanden.

Dafür bringt MOX jede Menge neuer Risiken mit sich. Große Mengen Plutonium müssen transportiert und verarbeitet werden. Das vervielfacht die Unfallgefahr und die, dass der Bombenstoff in falsche Hände gerät. Selbst aus den „frischen“ MOX-Brennelementen lässt sich das Plutonium noch mit geringem Aufwand extrahieren. Im AKW erhöht MOX die Gefahr, dass die Kettenreaktion außer Kontrolle gerät. Und kommt es zu einem Unfall, sind die Auswirkungen noch schlimmer als ohne MOX.

Ein umfassender MOX-Ausstieg würde bedeuten: Stopp des Einsatzes von MOX in den AKW, Stopp der MOX-Produktion, keine weitere Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente und natürlich: Stopp der Plutoniumproduktion in den AKW. Das bereits vorhandene Plutonium könnte mit hochradioaktivem Müll aus der WAA verglast werden. Das würde das waffenfähige Material zumindest vor erneutem Zugriff schützen und die oben genannten Risiken vermeiden.

EIN VERLORENES JAHR

Kommentar zum vorläufigen Scheitern der Atommüll-Gespräche

Das Zeitfenster! Mit dem Verweis auf das sich schließende Zeitfenster für eine Einigung haben die Spitzen von Schwarz-Gelb und Rot-Grün ein Jahr lang einträchtig verhindert, dass Betroffene der bisherigen Atommüll-Politik und VertreterInnen der Zivilgesellschaft mitreden konnten, wenn über den zukünftigen Umgang mit den strahlenden Hinterlassenschaften der AKW verhandelt wurde.

Bis Sommer 2012 müsse das Gesetz beschlossen sein, hieß es, wolle man damit nicht in den niedersächsischen Landtagswahlkampf kommen. Dann wurde die Frist verlängert bis September, schließlich Oktober. Und jetzt stehen die Unterhändler ohne Ergebnis da. Die Gespräche sind vorerst gescheitert.

Seit einem Jahr könnte die gesamtgesellschaftliche Atommüll-Debatte bereits laufen, die „ausgestrahlt“ gemeinsam mit Umweltverbänden und den Bürgerinitiativen der „Endlager“-Standorte fordert. Aber sie läuft nicht, weil die Parteien es alleine machen wollten und es mal wieder nicht geschafft haben. Ein Jahrtausend-Problem lässt sich eben schlecht in Zeitfenster zwischen Wahlkämpfe packen.

Klar, am Ende war es gut, dass es zu keiner Einigung über den Gesetzentwurf kam, der aus der Feder von Gerald Hennenhöfer stammte, dem Atomlobbyisten, den CDU und FDP erneut zum Atom-Abteilungsleiter im Umweltministerium machten. Denn das wäre ein Gorleben-Durchsetzungsgesetz geworden und es ist erfreulich, dass SPD und Grüne nach anfänglichen Unsicherheiten Nein dazu gesagt haben.

Aber damit sind die Probleme nicht aus der Welt. Die Bauarbeiten im Salzstock Gorleben gehen weiter. 2014 soll der nächste Castor ins Wendland rollen. Und neun AKW produzieren Tag für Tag weiterer strahlenden Müll. Die Zivilgesellschaft sollte nicht mehr auf die Parteien warten, sondern die Debatte selbst in die Hand nehmen. *Jochen Stay*

KOMMENTAR

„Solarstrom ist gefährlich für Konzerne“

Eicke Weber, Chef des Fraunhofer-Instituts für solare Energiesysteme, über Strompreissteigerungen, laute Brüller gegen die Energiewende und leise Nutznießer derselben

Herr Weber, die EEG-Umlage wird im nächsten Jahr um 1,69 Cent steigen. Plötzlich diskutieren alle über die angeblich hohen Kosten der Energiewende. Was ist da los?

PROF. DR. EICKE WEBER: Ehrlich gesagt bin ich darüber sehr erstaunt. Natürlich, die EEG-Umlage steigt, und zwar ähnlich, wie es viele erwartet hatten. Aber die Stromkosten sind auch Anfang 2012 gestiegen um etwa denselben Betrag, und da hat kein Mensch geschrien, denn der Anstieg hatte damals nichts mit der EEG-Umlage zu tun. Ich sehe hinter dem Ganzen eine ziemlich gut organisierte Kampagne, mit dem Ziel, die Energiewende schlecht zu machen, ganz speziell das EEG.

Bundeskanzlerin Merkel hat vor einem Jahr versprochen, dass die Umlage nicht steigen werde.

Dieses Versprechen war von Anfang an nicht haltbar. Wenn wir erneuerbare Energien zubauen, dann ist es völlig klar, dass auch die EEG-Umlage steigt. Aber das fügt sich ein in die Strompreissteigerungen, die wir sowieso haben werden. Und für viele davon ist nicht die EEG-Umlage verantwortlich, sondern ganz andere Faktoren.

Trotzdem ist auch die Energiewende nicht umsonst.

Gerade beim Strom hat man aber ungeheuer viele Möglichkeiten, einzusparen. Außerdem: Der Durchschnittshaushalt verbraucht etwa 3.500 Kilowattstunden pro Jahr. Er wird damit 2013 knapp fünf Euro mehr an EEG-Umlage im Monat zahlen als bisher. Das finde ich angemessen, wenn man bedenkt, dass uns das hilft, unabhängig von fossil-atomaren Energien zu werden. Wir haben steigende Benzinpreise, Ölpreise, Gaspreise. Kein Mensch sagt, dass wir uns deswegen kein Gas mehr liefern lassen sollen. Diese Diskussion ist in höchstem Maße politisch motiviert.

■ Politisch?

Es gibt eine ganz klare Richtung, aus der das kommt: Das sind die großen Stromkonzerne, denen die Energiewende das Geschäftsprinzip verhagelt. Das einzige, an dem die noch verdienen können, ist Offshore-Windkraft. Und Sie hören ja, wie immer beklagt wird, dass das nicht schnell genug ausgebaut wird – dabei sind die Kosten von Offshore-Windstrom höher als die von Solarstrom.

Während die einen klagen, die erneuerbaren Energien seien so teuer, behaupten die anderen, sie würden den Börsenstrompreis drücken. Was ist denn nun richtig?

Beides. Die Einspeisung der erneuerbaren Energien erhöht das Stromangebot. Wenn die Nachfrage konstant bleibt, geht der Preis runter. Durch die erneuerbaren Energien ist der Börsenstrompreis um ungefähr 1,2 Cent pro Kilowattstunde gesunken. Großverbraucher profitieren davon; zugleich sind sie von der EEG-Umlage weitgehend befreit. Anders Haushalte und kleine Betriebe: Bei denen kommen die sinkenden Börsenstrompreise nicht an, weil die Energieversorger sie nicht weitergeben. Und sie zahlen alle die volle Umlage.

Die Anzahl der von der Umlage befreiten Unternehmen ist zuletzt massiv gestiegen.

Das belastet die, die übrig bleiben, also die jetzt so beklagten Kleinverbraucher, natürlich umso mehr. Es gibt Firmen, die ihre stromverbrauchenden Prozesse in eigens gegründete Unternehmen auslagern, damit die dann von der Umlage befreit

Prof. Dr. Eicke Weber ist Leiter des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE in Freiburg und Inhaber des Lehrstuhls für Physik/Solarenergie an der Uni Freiburg. Er war einer der Experten, die die „Ethikkommission zur Atomkraft“ nach Fukushima anhörte.



Foto: privat

werden. Die Regierung lässt sich über den Tisch ziehen von der Industrie. Und sie hat gar nicht viel dagegen, weil sie ja öffentlichen Druck gegen das EEG erzeugen möchte. Zumindest bei einigen Verantwortlichen erkenne ich da Absicht.

Auch Rot-Grün hat Ausnahmen für industrielle Großverbraucher ins EEG geschrieben. Aluminiumhütten etwa, hieß es, würden sonst einfach ins Ausland abwandern.

Neulich hat eine bekanntgegeben, sie weite ihre Produktion in Deutschland deutlich aus, weil es hier für sie dank der erneuerbaren Energien und der deswegen gesunkenen Industriestrompreise wieder attraktiv geworden ist. Erinnern Sie sich noch an das Geschrei von der angeblich drohenden „Deindustrialisierung“? Die, die da geschrien haben, wussten es damals schon besser!

Wenn die Industrie so profitiert, warum macht sie dann so kräftig Stimmung gegen das EEG?

Da gibt es verschiedene Interessenverbände. Die energieintensive Industrie selbst hält sich im Moment richtig ruhig. Die weiß genau, was sie davon hat. Das laute Geschrei kommt von anderen.

Könnte man die Senkung der Börsenstrompreise nicht berücksichtigen bei der Berechnung der Umlage, damit auch wir Kleinverbraucher was davon hätten?

Das ist ein Fehler des EEG, ja. Das Problem ist, dass man methodisch kein sehr sauberes Verfahren gefunden hat, um den Betrag wirklich präzise zu errechnen.

Unter allen erneuerbaren Energien zieht vor allem die Photovoltaik den Vorwurf auf sich, sie sei zu teuer.

Der war vor einigen Jahren sicherlich berechtigt, da kostete die Kilowattstunde noch 30, 40, 50 Cent. Aber es ging um relativ kleine Mengen, weswegen das absolut erträglich war.



Derzeit kommen jährlich sechs bis sieben Gigawatt Neuanlagen hinzu – ich freue mich darüber! Gerade aufgrund des enormen Wachstums sind die Kosten ja schneller als erwartet gesunken. Der Einspeisepreis liegt inzwischen bei um die 15 bis 16 Cent. So sind auch diese großen Mengen leicht verdaubar. Die jetzt angekündigte Erhöhung der EEG-Umlage etwa ist nur zu einem kleinen Teil durch Photovoltaik verursacht. Und künftig wird die mit Preisen von zehn Cent und weniger auch bei uns eine der günstigsten regenerativen Stromquellen werden. Die Lasten, die wir auf uns genommen haben, zahlen sich so aus.

734 Firmen zahlen so gut wie keine EEG-Umlage, weil sie angeblich sonst ins Ausland abwandern, darunter: Vattenfall-Braunkohletagebau, Kraftwerk Obernburg GmbH (E.-Gaskraftwerk), Flughafen Stuttgart, Uni Göttingen, Brauerei Bitburger, Infraserb (Energieversorgung Industriepark Hoechst), Südsalz (Saline Bad Reichenhall), Uniklinik Heidelberg, Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung, Geothermie Unterhaching, ... Im kommenden Jahr werden dreimal so viele Unternehmen von der EEG-Umlage befreit.
Q: BAFA, 30.3.

Warum steht sie dennoch so in der Kritik?

Weil sie die gefährlichste Technologie für die großen Stromversorger ist. Die haben in der Vergangenheit ihren Hauptprofit mittags gemacht, wenn viel Strom nachgefragt wird, den sie dann sehr teuer verkaufen konnten. Die Photovoltaik liefert zwar erst fünf Prozent unseres Stroms, das meiste davon aber eben gerade zur

Mittagszeit. Das ist das Dumme für die Stromkonzerne: Solarstrom hilft überproportional, den Strompreis und damit ihren Profit runter zu halten. Ich kann gut verstehen, dass die ihre ganze Macht einsetzen, um dafür zu sorgen, dass er nicht weiter wächst.

1,29 Cent niedriger könnte die EEG-Umlage 2013 sein, wenn die Ausnahmen für die Industrie abgeschafft würden.
Q: BEE, 26.9.

Geht der Ausbau der erneuerbaren Energien zu schnell?

Je schneller es geht, umso besser für unseren Planeten. Wir haben nicht nur das Atomkraft-, sondern auch noch das Klimaproblem. Da geht es auch um globale Wetterinstabilitäten. In Amerika gabs jetzt wieder einen Sturm mit an die 300 Kilometer pro Stunde: Da bleibt nichts mehr stehen!

Der derzeitige konventionelle Kraftwerkspark ist nicht flexibel genug, um die noch stärker schwankenden Einspeisungen der erneuerbaren Energien in Zukunft auszugleichen. Was tun?

Natürlich brauchen wir ein anderes Stromnetz. Wir haben aber 20 Jahre Zeit, das umzubauen. Wir werden zu gewissen Zeiten Überschussstrom haben, mit dem wir Wasserstoff erzeugen und Warmwasserspeicher aufheizen können, und für andere Zeiten Gaskraftwerke vorhalten

0,69 Cent der EEG-Umlage kompensieren allein den Rückgang der Börsenstrompreise durch die Einspeisung erneuerbarer Energien.
Q: BEE, 26.9.

26 Prozent des Stroms stammte im ersten Halbjahr 2012 aus erneuerbaren Energien.
Q: AGEE-Stat, 26.7.

müssen, die wir dann mit dem Wasserstoff und eventuell daraus erzeugten Methan betreiben. Langfristig erwarte ich die großräumige elektrische Vernetzung der Welt. Dann können wir die Sonnenenergie tatsächlich zu jeder Tageszeit nutzen ...

Ihr Institut hat ausgerechnet, dass eine Energieversorgung aus erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2050 nur halb so teuer ist wie eine fossil-atomare. Wie das?

Wir haben dann ja keine Brennstoffkosten mehr, sondern bloß noch Ausgaben für Wartung und Erhalt der Anlagen. Das ko-

19 Cent pro Kilowattstunde können Betreiber von Offshore-Windkraftanlagen für ihren Strom erhalten. Für Solarstrom aus Großanlagen gibt's nur noch 12,46 Cent.
Q: EEG

stet uns in etwa so viel, wie wir heute für Energie ausgeben. Die EEG-Umlage entfällt, Sonne, Wind, Wasser und Biomasse garantieren uns eine stabile Energieversorgung – abgekoppelt von den laufenden Kostensteigerungen der fossil-atomaren Energien.

Und wenn wir nicht auf erneuerbare Energien umsteigen?

Dann wird es ungefähr doppelt so teuer. Und das sind gewaltige Geldmengen.

■ Interview: Armin Simon

Kino, Kaje, Kneipe

Ein auszugsweiser Rückblick auf den Anti-Atom-Spätsommer

Seit August: Filmtour „Das Ding am Deich“

Der bewegende Dokumentarfilm „Das Ding am Deich“ über den jahrzehntelangen Widerstand gegen das AKW Brokdorf lief und läuft bundesweit schon in 65 Kinos, zahlreiche andere Vorstellungen kommen hinzu. Auf Initiative von .ausgestrahlt und mit tatkräftiger Hilfe örtlicher Anti-Atom-Gruppen diskutieren in mehr als 20 Städten ProtagonistInnen des Films, Filmemacherin Antje Hubert und Vertreter von .ausgestrahlt mit dem Publikum über Erfolge und Rückschläge der Anti-Atom-Bewegung und über Mutmachendes und Niederschlagendes beim eigenen Anti-Atom-Engagement. Nicht wenige können eigene Erlebnisse von den Protesten gegen den Bau des AKW am Deich beisteuern. Und viele haben am Ende des Abends nur eine Frage: „Was kann ich jetzt tun, damit das AKW Brokdorf endlich abgeschaltet wird?“ Aktuelle Kinotermine: www.ausgestrahlt.de/mitmachen/brokdorf/kinofilm

Ab 1.12. auch auf DVD: www.ausgestrahlt.de/shop



Diskussionsveranstaltung am 11.9. in Itzehoe Foto: Günter Zint

21.–23. September: Proteste gegen den Transport von MOX-Brennelementen zum AKW Grohnde

Mit Demos, Mahnwachen und Blockaden protestieren AtomkraftgegnerInnen am Hafen in Nordenham und am AKW Grohnde



gegen den Transport von 136 Kilogramm Plutonium. Die acht MOX-Brennelemente mit dem brisanten Material aus der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield kommen auf einer für ihre Sicherheitsdefizite berüchtigten RoRo-Fähre über die Nordsee; per Lkw rollen sie anschließend weiter nach Grohnde. Mehrere Hafenstädte haben ihren Umschlag untersagt, Kommunen und Landkreise entlang der Strecke protestieren gegen den hochgefährlichen Transport. Der Widerstand löst eine neue Debatte über den riskanten und unsinnigen MOX-Einsatz in AKWs aus (siehe Hintergrund SEITE 7). .ausgestrahlt sammelt binnen weniger Tage mehrere Tausend Unterschriften gegen die Plutonium-Wirtschaft und unterstützt die Proteste.

Die Unterschriftenaktion gegen MOX läuft weiter. Hast Du schon unterschrieben? www.ausgestrahlt.de/mox

Aktionen gegen den nächsten MOX-Transport im November
→ SEITE 3

Protest in Nordenham Foto: Bernd Ebeling

Oktober: 400.000 Gratis-Postkarten gegen die absurden Angriffe auf die Energiewende

Um rund anderthalb Cent pro Kilowattstunde Strom wird die Umlage für erneuerbare Energien im nächsten Jahr steigen. Die Atomlobby nutzt das, um deren Ausbau und die Energiewende an sich in Misskredit zu bringen. .ausgestrahlt verteilt 400.000 Gratis-Postkarten in Kneipen und anderen Orten, die deutlich machen, was es uns kostet, wenn wir weiterhin auf Atomkraft setzen. Zusätzlich liegen auch der Postauflage dieses Rundbriefs drei der Postkarten bei, zum Verschicken an Freunde und/oder zum Aufhängen.



.ausgestrahlt bietet Dir Material für Dein Engagement gegen Atomkraft an. Bestellung mit diesem Zettel (bitte unbedingt auf der Rückseite Deine Adresse eintragen!) oder online unter www.ausgestrahlt.de/shop. Zusätzlich zu den Materialkosten fallen 4,50 Euro für Versand und Verpackung an.

.ausgestrahlt-Shop

Weitere Anti-Atom-Materialien gibt es im Webshop auf www.ausgestrahlt.de

AKTIONSWOCHE „RETTE SICH, WER KANN“

FLYER AKTIONSWOCHE

Informiere bei Aktionen und Infoständen über die Gefahren eines Atomunfalls.

_____ **Flyer** – kostenlos K184

ARGUMENTEN-BROSCHÜRE „RETTE SICH, WER KANN!“

Fragen und Antworten zum Katastrophenschutz bei einem Super-GAU.

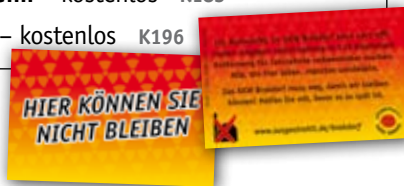
_____ **Argumente-Broschüre** – 40 Cent B029

AUTO-VISITENKARTEN UND SPERRGEBIETSSCHILDER

Die Landschaft um ein AKW wird nach einem Atomunfall unbewohnbar – dies kann selbst Gebiete in 170 Kilometern Entfernung betreffen. Mach mit den Visitenkarten fürs Autofenster (im Stil der Kärtchen, die Autoaufkäufer an die Windschutzscheibe klemmen) und den Sperrgebietsschildern darauf aufmerksam, dass auch Dein Ort evakuiert werden könnte.

Visitenkarten fürs Autofenster

- _____ **AKW Brokdorf** – kostenlos K177
- _____ **AKW Grohnde** – kostenlos K178
- _____ **AKW Grafenrheinfeld** – kostenlos K179
- _____ **AKW Gundremmingen** – kostenlos K180
- _____ **AKW Isar** – kostenlos K1811
- _____ **AKW Lingen** – kostenlos K182
- _____ **AKW Neckarwestheim** – kostenlos K183
- _____ **AKW Philippsburg** – kostenlos K196



Sperrgebietsschilder (DIN A2 Querformat)

- _____ **AKW Brokdorf** – kostenlos K185
- _____ **AKW Grohnde** – kostenlos K186
- _____ **AKW Grafenrheinfeld** – kostenlos K187
- _____ **AKW Gundremmingen** – kostenlos K188
- _____ **AKW Isar** – kostenlos K189
- _____ **AKW Lingen** – kostenlos K190
- _____ **AKW Neckarwestheim** – kostenlos K191
- _____ **AKW Philippsburg** – kostenlos K197



TABLETTEN GEGEN DEN SUPER-GAU

Pfefferminzdragees im Jodtabletten-Look – nach einem Super-GAU helfen sie so wenig wie Jodtabletten, aber sie erzeugen Aufmerksamkeit. Erhältlich als echte Tablettenpackung mit 18 Dragees oder als Blister mit fünf Dragees, jeweils mit informativem Beipackzettel.

_____ **„Brokdorf akut“-Packung**
(18 Dragees) – 1 Euro K157

_____ **„Brokdorf akut“-Blister**
(5 Dragees) – 30 Cent K158

_____ **„Grohnde akut“-Packung**
(18 Dragees) – 1 Euro K174

_____ **„Grohnde akut“-Blister**
(5 Dragees) – 30 Cent K173

_____ **„Super-GAU akut“-Packung**
(18 Dragees) – 1 Euro K175

_____ **„Super-GAU akut“-Blister**
(5 Dragees) – 30 Cent K176



SPEZIELL FÜR BROKDORF ZUR AKTIONSWOCHE

INFOGRAFIK „AKW BROKDORF“

Dieses Faltpublikum illustriert anschaulich in vielfältigen Grafiken, wie schnell es zu einem Atomunfall in Brokdorf kommen kann, welche Auswirkungen das hätte und wie absurd die Katastrophenschutzpläne sind. Größe aufgeklappt ca. 20cm x 80cm, gefaltet auf DIN A4.

_____ **Infografik** – kostenlos K192

TOURISTISCHES HINWEISSCHILD „AKW BROKDORF“

Geeignet für presserwirksame Aktionen. Aus wetterfestem Bannerstoff, Größe wie alle touristischen Hinweisschilder: 3,6 x 2,4 m. Zum Kaufen und immer wieder Verwenden oder zum Ausleihen für einmalige Aktionen.

_____ **Hinweisschild** – 100 Euro K193
oder ausleihen unter info@ausgestrahlt.de



FLYER BROKDORF-AKTIONSWOCHE

Mach die Aktionswoche bekannt

_____ **Flyer** – kostenlos K202



Ausgefüllten Bogen bitte per Post an .ausgestrahlt, Marienthaler Straße 35 (Hinterhaus), 20535 Hamburg oder per Fax an 040/2531 89 44.

FORTSETZUNG AKTIONSWOCHE / BROKDORF

UNTERSCHRIFTENLISTE GEGEN DAS AKW BROKDORF

Die Liste bietet Platz für insgesamt 12 Unterschriften.

_____ **Unterschriftenliste** – kostenlos K159



AUFKLEBER „AKW BROKDORF? – NEIN DANKE“

Aus wetterfester PE-Folie (umweltschonend), Ø 10 cm

_____ **Aufkleber** – 75 Cent S038

BUTTON „AKW BROKDORF – DAS DING MUSS WEG“

Für Jacke, Mütze, Rucksack u.v.m. Ø 37mm

_____ **Button** – 1 Euro K172

AUSSTELLUNG „BROKDORF – WAR WÄRE, WENN...“

Material zur Ankündigung der Fotoausstellung.

_____ **Postkarte „Was wäre wenn ...“** – kostenlos K194

_____ **Plakat (A3) „Was wäre wenn ...“** – kostenlos K195

_____ **Plakat (A2) „Was wäre wenn ...“** – kostenlos K201

BROSCHÜRE „AKW BROKDORF? – NEIN DANKE“

Diese Broschüre erklärt, warum Brokdorf sofort - nicht erst 2021 - abgeschaltet gehört. DIN A6, 20 Seiten.

_____ **Broschüre** – 40 Cent B205

BROSCHÜREN

ARGUMENTE-BROSCHÜREN von .ausgestrahlt. Format A6, jeweils ca. 32 Seiten mit Fakten und Bewertungen, Fragen und Antworten. Stück 40 Cent, ab 10 Ex. 30 Cent/St., ab 100 Ex. 27 Cent/St.

_____ **„Bombenrisiko Atomkraft“** B012

_____ **„Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz“** B001

_____ **„Uran: Der schmutzige Atom-Brennstoff“** B004

_____ **„Atomkraftwerke machen Kinder krank“** B003

_____ **„Asse, Gorleben und andere Katastrophen“** B002

.ausgestrahlt-RUNDBRIEF

_____ **Rundbriefe** – kostenlos B008



Vor- und Nachname: _____

Straße und Hausnr.: _____

PLZ und Ort: _____

E-Mail: _____

Telefon für Rückfragen: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,50 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schickt mir regelmäßig kostenlos: per Post den .ausgestrahlt-Rundbrief; den E-Mail-Newsletter.

Unterschrift
nicht vergessen

Datum, Unterschrift: _____

ENERGIEWENDE

HAUPTSACHE, DER STROM IST BILLIG? →

_____ **Plakat A3** – kostenlos K163

_____ **Postkarte A6** – kostenlos K164

DIESER STROMPREIS IST ZU HOCH. →

_____ **Plakat A3** – kostenlos K165

_____ **Postkarte A6** – kostenlos K166

SOLLEN UNSERE KINDER DIE STROMRECHUNG ZAHLEN? ↑

_____ **Plakat A3** – kostenlos K167

_____ **Postkarte A6** – kostenlos K168

FLUGBLATT „DIE SCHAUERMÄRCHEN DER ATOMLOBBY“

Dieser Flyer nimmt die populären Behauptungen der Atomlobby unter die Lupe, stellt sie Fakten gegenüber und räumt auf mit den Schauermärchen.

_____ **Flugblatt** – kostenlos K114.1

BROSCHÜRE „SONNE, WIND UND MEHR“

DIN A6, 28 Seiten.

_____ **Broschüre** – 40 Cent B007



MOX-TRANSPORTE

TRANSPARENT „STOPPT DIE MOX-TRANSPORTE“

Wetterfester Stoff, immer wieder verwendbar, 3 x 0,8 m

_____ **Transparent** – 25 Euro K199

AUFKLEBER „STOPPT DIE MOX-TRANSPORTE“

Wetterfeste PE-Folie (umweltschonend), 21 x 6 cm

_____ **Aufkleber** – 1 Euro K198

PLAKAT „STOPPT MOX“

_____ **Plakat** – kostenlos K197

FLYER „STOPPT MOX“

Mach die Demo bekannt, DIN A5

_____ **Flyer** – kostenlos K196



! Datum, Unterschrift: _____

Atomkraft in der Schweiz

Neubaupläne gestoppt, aber selbst für Uraltmeiler kein Abschaltdatum

Bis zum März 2011 lief für die Schweizer Strombarone alles nach Plan. Emsig bereiteten sie das Terrain für den Bau neuer Atomkraftwerke vor. Der Plan lautete Verunsicherung, das Szenario „Stromlücke“. Die Angstmacherei vor dem großen Lichterlöschen sollte die Befürchtungen der Bevölkerung vor den Gefahren der Atomenergie in den Hintergrund drängen. Tschernobyl schien zu lange her, als dass eine Volksabstimmung mit einer millionenschweren (Des-)Informationskampagne nicht zu gewinnen wäre.

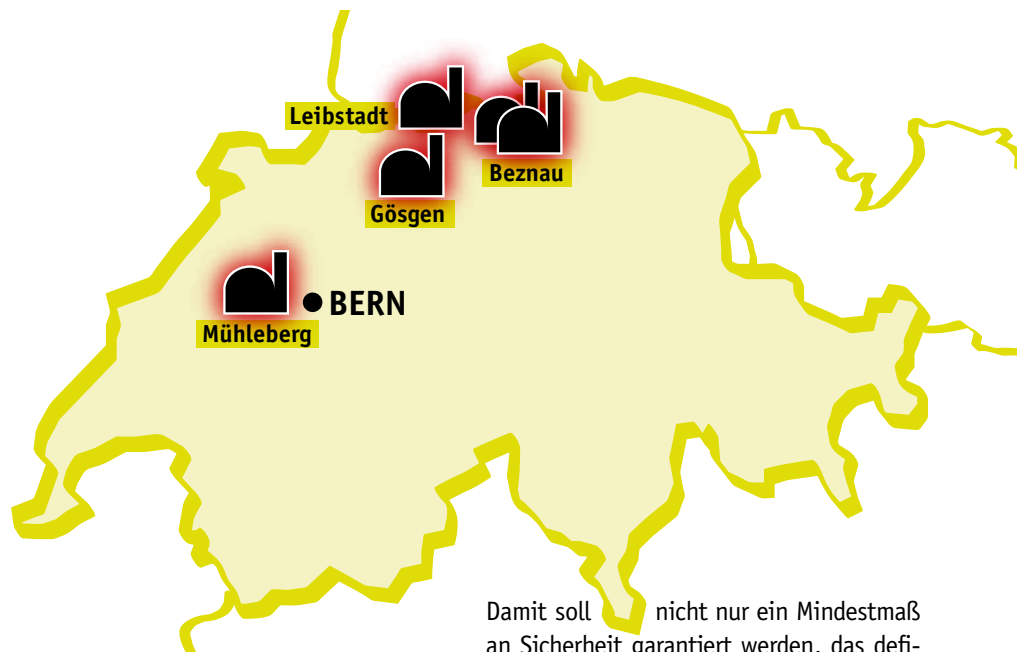
Und dann kam Fukushima. Die Katastrophe hat die behagliche politische Landschaft in der Schweiz wachgerüttelt und alte Strukturen aufgebrochen. Auch die breite Öffentlichkeit hörte nun, was Umweltorganisationen und die Anti-Atom-Bewegung seit Jahren anprangern. Eklatante Sicherheitsmängel kamen ans Licht, Lügen und Vertuschungsversuche der AKW-Lobby und der mit ihr verbandelten staatlichen Kontrollbehörden. Mittlerweile zweifelt wieder eine breite Mehrheit der Bevölkerung an den Schönwetterparolen der AKW-Betreiber.

Auch langjährigen AtombefürworterInnen, namentlich Energieministerin Doris Leuthard, ist klar geworden, dass eine eidgenössische Volksabstimmung zum Bau neuer AKW in naher Zukunft nicht mehr zu gewinnen ist. Unter dem Druck der Öffentlichkeit hat die Regierung im Sommer 2011 deshalb den Atom-Ausstieg verkündet und sich in der sogenannten „Energierategie 2050“ zum Umstieg auf erneuerbare Energien bekannt.

Profit vor Sicherheit

Allerdings spielen die Regierung, die wirtschaftsnahen Parteien und die Stromkonzerne auf Zeit. Die fünf bestehenden Schweizer AKW sollen so lange wie irgendwie möglich am Netz bleiben. Ein verbindliches Abschaltdatum fehlt in der Regierungsvorlage, die derzeit in der Vernehmlassung (Gesetzgebungsverfahren mit Anhörung diverser Interessengruppen) ist.

Besonders riskant sind die Uralt-Meiler Mühleberg bei Bern, baugleich mit Fukushima, sowie die beiden Druckwasser-



reaktoren Beznau I und II, keine zehn Kilometer südlich der Grenze bei Waldshut (D). Alle drei Reaktoren sind seit über 40 Jahren in Betrieb – obwohl sie ursprünglich nur für eine Laufzeit von maximal 30 Jahren konzipiert wurden. Beznau I (Inbetriebnahme 1969) ist der dienstälteste Reaktor der Welt! Entsprechend lang ist die Mängelliste: Korrosionsschäden, Risse im Reaktordeckel, katastrophale Notstromversorgung – um nur einige Punkte zu nennen. Mit Nachrüstungen will die Betreiberfirma Axpo die beiden Reaktoren bis zu 60 Jahre in Betrieb halten – ein weltweit einmaliges Experiment.

Wenig besser steht es um das AKW Mühleberg, das zweitälteste der Schweiz. Neben Rissen im Kernmantel macht hier vor allem das Überflutungsrisiko in Zusammenhang mit dem oberhalb des Kraftwerks gelegenen Wohlensee-Staudamm (Baubeginn 1917!) Sorgen. Anwohner und AKW-Kritiker haben mit einer Beschwerde gegen die unbefristete Betriebsbewilligung erste Erfolge erzielt; das Bundesgerichts-Urteil, ob der Reaktor 2013 vom Netz gehen muss, soll in den nächsten Monaten ergehen.

Ein klares Abschaltdatum

Umweltverbände und die Anti-Atom-Bewegung setzen sich vehement dafür ein, dass ein baldiges Abschaltdatum für alle Schweizer AKW gesetzlich verankert wird.

Damit soll nicht nur ein Mindestmaß an Sicherheit garantiert werden, das definitive AKW-Aus schafft zudem Planungssicherheit für Investitionen in erneuerbare Energien. Hier hinkt die Schweiz aufgrund einer zögerlichen Förderpolitik Deutschland um Jahre hinterher.

Damit die Energiewende jetzt an die Hand genommen wird, braucht es jedoch den anhaltenden Druck der Zivilgesellschaft. Doch die Anti-Atom-Bewegung ist im Aufwind. Im Frühjahr schlugen AtomkraftgegnerInnen ein Protestecamp vor dem Hauptsitz des Energiekonzerns BKW in Bern auf – sie blieben elf Wochen (www.akw-ade.ch, www.bernerbewegung.ch). Beim „MenschenStrom gegen Atom“ am Fukushima-Jahrestag zogen 8.000 zum AKW (www.menschenstrom.ch).

Anknüpfen an Kaiseraugst

Für Ende August 2013 ist ein Energiewendefestival in Kaiseraugst nahe Basel geplant. In den 1970er Jahren leistete hier eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung erfolgreichen Widerstand gegen das dort geplante AKW: Die elfwöchige Besetzung des Baugeländes im Frühjahr 1975 zwang die Behörden schlussendlich in die Knie. Das Festival (www.klimacamp.ch) will an diesen ersten Groß-Erfolg der Anti-Atom-Bewegung in der Schweiz anknüpfen und die Klima- und Anti-Atom-Bewegung zu einer Energiewende-Bewegung einen.

Theo Gubler

„Die könnten jederzeit wieder anfahren“

Bettina Boll, 58, gelernte Modedesignerin und Fan selbst gepressten Apfelsafts, kämpfte mit ihrer Familie und vielen anderen über 30 Jahre gegen das AKW Krümmel und jetzt für dessen Abriss

Unser AKW ist ja auf Stillstandbetrieb jetzt. Vattenfall aber hat noch keinen Ab- und Rückbauantrag gestellt. Ich finde das merkwürdig. Krümmel ist faktisch ja schon fünf Jahre außer Betrieb, die Brennelemente sind also längst ausreichend abgekühlt. Der Kraftwerksleiter hat aber eingeräumt, dass sie noch keine Castorbehälter bestellt haben. Mich irritiert das. Denn ganz ehrlich: Die könnten den Reaktor doch jederzeit wieder anfahren; sie bräuchten bloß 'ne Genehmigung dafür. Das ist kein angenehmes Gefühl.

Das Kernforschungszentrum GKSS nebenan, heute: Helmholtz-Zentrum Geesthacht (HZG), will im November den Abbauantrag für seinen zweiten Forschungsreaktor stellen; der Reaktordruckbehälter des ehemaligen Atomschiffs „Otto Hahn“ liegt auch noch hier rum. Es gibt ein Moderationsverfahren mit dem HZG zum Abbau der kerntechnischen Anlagen, wo wir mit am Tisch sitzen und überlegen, was man etwa noch aufklären könnte in Bezug auf die vielen Leukämiefälle hier in der Gegend.

Unser Haus haben wir zwischenzeitlich zum Museum umfunktioniert. Man glaubt ja nicht, was sich hier alles angesammelt hat



Foto: privat

in 35 Jahren Widerstand: Akten ohne Ende, Fotos, Zeitungsartikel, alles. Keller, Schuppen, Dachboden: Das ist alles voll mit Tonnen, Installationen, Postern. Einige Bettlaken-Transparente sind schon gestopft, so oft wurden die benutzt. Eine Mappe dokumentiert den Widerstand ab 1976. Selbst für meine Familie war das verblüffend, wir sind ja erst fünf Jahre später da reingewachsen. Da ist so wahnsinnig viel gelaufen! Und, was ich selbst nicht wusste: Es gab GKSS-Physiker, die 1976 gegen ein geplantes riesiges Brennelemente-Zwischenlager Stellung bezogen haben. Deren Argumente waren im Prinzip dieselben wie unsere gegen das 2006 eingeweihte Zwischenlager am AKW Krümmel. Die waren später auch gegen das AKW nebenan, haben aber bloß durchgesetzt, dass der Schornstein 40 Meter höher wurde.

Ich habe ja manchmal gedacht: „Das ist alles sinnlos.“ Wenn wir immer wieder gegen Wände gerannt sind. Aber dann finde ich diese Karte hier, mit den Standorten von 500 geplanten AKW. Wenn du die siehst ... – natürlich haben wir was geschafft! Und wir hoffen doch sehr, dass jetzt endgültig Schluss ist. **beboll@gmx.de**

„Osnabrück müsste evakuiert werden“

Konrad Wolking, 55, Servicetechniker, trägt mit der Anti-Atom-Gruppe Osnabrück den Protest nach Lingen: zur Brennelementefabrik von AREVA und demnächst auch zum AKW Emsland

Wir haben gerade vor der Brennelementefabrik Lingen protestiert, zusammen mit anderen Aktiven aus dem Münsterland und von Robin Wood. Vor der Zufahrt haben wir uns dem LKW-Verkehr in den Weg gestellt, mit Strohsäcken, Atomfässern und 'ner Gitterbox, an der sich Leute angekettet haben. Drei von Robin Wood hatten sich zuvor an Seilen über der Straße in Position gebracht. Die Fabrik gehört zu AREVA, vielen ist sie gar nicht bekannt. Auch in den „Ausstiegs“-Plänen kommt sie überhaupt nicht vor, genau wie die Urananreicherungsanlage Gronau.

Da wollten wir den Fokus darauf richten. Außerdem war es eine Solidaritätsaktion für die französischen Atomkraftgegnerinnen, die in Cherbourg wegen ihres Protests gegen den letzten Castor-Transport vor Gericht standen.

Auch wir haben uns schon mehrfach dem Castor in den Weg gestellt und waren auch im Rahmen von „Gorleben365“ aktiv. 2011 sind wir im Bus zur Menschenkette nach Neckarwestheim gefahren. Das war echt bizarr, unmittelbar nach Fukushima. Auf dem Hinweg sagte Merkel im Radio noch: „Das kann bei uns nicht passieren.“ Auf den Rückweg hieß es dann: „Ganz so sicher wissen wir es auch nicht und werden vorsichtshalber die alten AKWs



Foto: privat

erstmal abschalten.“ Wir haben uns gefreut, dass die Menschenkette geklappt hatte, und gleichzeitig hatten wir ein ganz klammes Gefühl, wegen der Menschen in Japan.

Nachdem die Bundesregierung den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ vollzogen hatte, haben ein paar Freunde angefangen, Montagsdemos zu organisieren, so hat sich unsere Gruppe entwickelt. Wir treffen uns einmal im Monat und erarbeiten immer mal neue Aktionen. Der Fukushima-Hype ist vorbei. Aber der harte Kern, ein Dutzend, ist nach wie vor aktiv, vom Schüler bis zum Jungsenior.

Auch das AKW Emsland (KKE) haben wir auf unserer Agenda, es ist für uns das nächstgelegene. Wenn man die Evakuierungszone von Fukushima nimmt, muss Osnabrück nach einem Unfall evakuiert werden. Auf der Anti-Atom-Landkarte war dieser Standort bisher eher ein weißer Fleck, das wollen wir ändern.

Als wir heute vor der Lingener Polizeistation mit unseren Fahnen auf die Freilassung der Klettererinnen gewartet haben, kamen Passanten und beglückwünschten uns. Einige sagten: „Wir wollten auch schon immer mal was machen.“ So konnten wir gleich Kontakte knüpfen.

www.antiatomgruppe-osnabrueck.de

„Man konnte sehen, wie sich die Wolke bewegt“

Dietmar Lust, 40, Techniker und Energieberater, deckt mit der Freudenstädter „Bürgerinitiative Mahnwache für Atomausstieg“ haarsträubende Pläne und durchziehende Atomwolken auf

Unsere Initiative gibt es seit Fukushima, genauer: seit der Rückfahrt von der Menschenkette Neckarwestheim–Stuttgart. Uns war klar, das muss weitergehen. Dann kam die E-Mail von .ausgestrahlt mit dem Aufruf zu Mahnwachen. Ich dachte: „Cool, das denken noch mehr.“ Wir haben Mails verschickt, eine Telefonkette aktiviert. Montags standen 140 Leute auf dem Marktplatz, darunter viele, die sich zum ersten Mal mit der Materie beschäftigt haben. Neulich hatten wir die 60. Mahnwache, wir sind noch immer 20–40 Leute. Anschließend beraten wir, was wir sonst noch tun.

Wir haben fortschrittliche Stadtwerke besucht und Firmen, die mehr Strom erzeugen, als sie verbrauchen. Mit den örtlichen Stadtwerken verhandeln wir darüber, dass sie Strom von Bürgerenergieanlagen aufkaufen. Denen laufen schließlich viele Kunden weg, weil sie keinen eigenen Ökostrom anbieten. Und den Kommunen hier geben wir gerade Tipps, wie sie bei der Weihnachtsbeleuchtung Strom sparen.

Auch bei Aktionen gegen das AKW Fessenheim sind wir oft dabei, wir liegen ja in Hauptwindrichtung. Einer von uns checkt



Foto: privat

täglich im Internet die Radioaktivitätsmessstationen hier in der Nähe. Immer, wenn in Fessenheim 'ne Störung war, haben wir da extreme Ausreißer. Das Bundesamt für Strahlenschutz tut das als natürliche Radonstrahlung ab. Die wollen uns wohl verarschen! Wir haben drei Zwischenfälle in den letzten Wochen gehabt, wo man genau beobachten konnte, wie sich die Wolke bewegt. Je nach Wind braucht die ein paar Stunden bis anderthalb Tage für die gut 100 Kilometer. Viel Zeit, zu fliehen, bliebe da bei einem großen Unfall nicht! Das hat zuerst niemand geglaubt hier, jetzt wird darüber diskutiert.

Die Katastrophenschutzpläne sind der Hohn, wir haben sie gelesen. Da gibt es etwa einen einzigen Verantwortlichen. Dem haben wir geschrieben wegen der Atomwolken. Zurück kam eine automatische Antwort, dass er sechs Wochen im Urlaub ist ... Oder die Jodtabletten: Die soll man im Wahllokal abholen. Aber wer weiß noch, wo das ist? Und wie soll ich sie holen, wenn ich doch im Haus bleiben soll? Was wir noch nicht wissen, ist, ob es dort überhaupt Tabletten gibt ...

erneuerbar-freudenstadt.blogspot.de

„Die leben da halt. Was sollen sie machen?“

Doris Junge, 66, Rentnerin aus Dobersdorf, organisiert Ferienaufenthalte für Kinder aus Tschernobyl, damit die zumindest ein paar Wochen im Jahr der Strahlenbelastung entfliehen können

Angefangen sind wir als Gasteltern für zwei Mädchen aus Minsk, Weißrussland. Die ältere ist heute 30, damals waren sie 12, ihre Schwester acht. Eine Frau im Dorf hier hat diese Ferienaufenthalte organisiert, seit sie gestorben ist, mache ich das. Der Sinn ist, dass die Kinder, wenn sie hier vier Wochen Ferien machen, gesunde Luft und gesundes Essen zu sich nehmen, dass sie so Widerstandskraft tanken für die restlichen 11 Monate. Von Minsk nach Tschernobyl sind es knapp 400 Kilometer, trotzdem ist die Gegend dort heute noch belastet. Es werden auch immer noch Kinder geboren, die nicht gesund sind, und viele Leute werden krank.

Atomkraft hat mich nicht mehr und nicht weniger interessiert als vieles andere auch. Als Tschernobyl passierte, waren unsere Kinder im Prinzip schon erwachsen. Aber ich hatte ein Tageskind, dessen Eltern waren in der Organisation „Eltern für unbelastete Nahrung“. So wurde ich da ein bisschen reingezogen. Und als dann die Frage kam, ob wir nicht Kinder von dort aufnehmen könnten, haben wir ja gesagt. Wir wollten was machen, aber eben nicht einfach anonym spenden. Die Schwestern sind dann jedes Jahr wieder



Foto: privat

zu uns gekommen, bis sie 18 waren; wir haben bis heute Kontakt. Einmal haben wir sie sogar besucht in Minsk. Das war ziemlich komisch: Tschernobyl saß uns die ganze Zeit im Nacken, beim Essen musste ich immer daran denken, dass das Gemüse ja aus der Datscha kam. Aber die leben da halt. Was sollen sie machen? Immerhin: Beide Schwestern sind heute gesund. Und ich bilde mir ein, dass das ein bisschen damit zu tun hat, dass sie viele Jahre hier waren.

Ich bin 66 jetzt, da möchte ich nicht mehr auf Demos fahren. Aber wenn wir uns mit den Gasteltern treffen, zum Kennenlernen, dann sprechen wir natürlich auch über Atomkraft und Tschernobyl. Die Fahrt der Kinder finanzieren wir mit Spenden, außerdem gibt es Sponsoren für das „Ferienprogramm“, Schwimmbad und so. Die Kinder sollen ja ein bisschen Spaß haben.

Anfangs hatten wir 36 Kinder hier, diesen Sommer waren es nur noch sieben. Nicht, weil niemand mehr kommen wollte. Es ist schwieriger geworden, Gasteltern zu finden, und die Spendenfreudigkeit hat auch abgenommen. Tschernobyl ist halt weit weg.

dojunge@t-online.de

Impressum

.ausgestrahlt
Marienthaler Straße 35
20535 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
Nr. 2009306400
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank

Redaktion: Jochen Stay, Stefan Diefenbach-Trommer | Mitarbeit: Armin Simon, Christiane Knoppe, Elina Schick, Jacob Fricke, Suse Neubronner, Theo Gubler | Layout: www.holgermueller.de | Druck: Evers-Druck, Meldorf. Gedruckt auf Recyclingpapier | Auflage: 55.000 | V.i.S.d.P.: Jochen Stay



Das .ausgestrahlt-Team, Teil 2

Hinter .ausgestrahlt stecken derzeit 14 Personen, die in und außerhalb des Hamburger Büros haupt- oder ehrenamtlich aktiv sind. Wie im letzten Rundbrief stellen wir wieder sieben davon vor

Deborah Harms, Jahrgang 1974, ist chemisch-technische Assistentin mit Schwerpunkt Umweltanalytik, außerdem hat sie Landschaftsökologie studiert. Sie ist seit Mai 2012



bei .ausgestrahlt angestellt und kümmert sich dort vornehmlich um Verwaltung und Buchhaltung.

Jutta Freybe, Jahrgang 1958, engagierte sich Anfang der 1990er Jahre in der Initiative „WormserInnen gegen den Atomtod“. Nach einer politisch passiven Phase nahm sie ihr Engagement wieder auf: als Anti-Atom-Vertreterin im BUND Kreis Steinburg, mit der Kampagne „AKW Brunsbüttel stilllegen“, mit „Tschüss Vattenfall“, der Hamburger Ortsgruppe von „X-tausendmal quer“ sowie, ab 2009, bei .ausgestrahlt.



Matthias Weyland, Jahrgang 1979, ist seit 2006 und damit länger als die meisten anderen bei .ausgestrahlt dabei. Studiert hat er Politikwissenschaft, Geografie und Jura. Beim BUND Rhein-Neckar-Odenwald, für den er bis vor Kurzem arbeitete, kämpfte er unter anderem gegen den Bau eines weiteren klimaschädlichen Kohlekraftwerks in Mannheim.



Katja Dingerkus, Jahrgang 1980, studierte Landschaftsentwicklerin und Umweltjournalistin, engagierte sich schon während ihrer Schulzeit im „Münsteraner Bündnis gegen



Atomtransporte.“ Zu .ausgestrahlt stieß sie im Oktober 2009. Sie betreute unter anderem die Webseite der Menschenkette Brunsbüttel-Krümmel und versorgte die verschiedenen Social-Web-Kanäle von .ausgestrahlt mit aktuellen Infos. Derzeit ist sie in Elternzeit.

Luise Neumann-Cosel, Jahrgang 1986 und seit ihrem ersten Besuch im Wendland Atomkraftgegnerin und Gorleben-Freundin, hat Geoökologie studiert. Sie war Pressesprecherin



der Widerstands-Initiative „X-tausendmal quer“ und ist seit 2009 im .ausgestrahlt-Team. Aktuell arbeitet sie mit der von ihr initiierten Genossenschaft „BürgerEnergie Berlin eG“ daran, das Berliner Stromnetz in BürgerInnenhände zu bringen.

Nora Lohmeyer, Jahrgang 1984, promoviert in Wirtschaftswissenschaft. An Anti-AKW-Demos nahm sie schon als Kind teil; der Reaktor an ihrem Heimatort Stade ging 2003 vom Netz.



Zu .ausgestrahlt stieß sie 2009, zuletzt puschte sie dort die Kampagne „Tschüss Vattenfall“. Beide Vattenfall-AKW in Deutschland, Brunsbüttel und Krümmel, sind inzwischen abgeschaltet. Und die Kampagne gegen das AKW Brokdorf – zu 20 Prozent in Hand von Vattenfall – läuft gerade an ...

Ute Bruckart, Jahrgang 1980, hat Politikwissenschaft studiert. Ihr Job als Beraterin bei der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer hatte sich erledigt, als



die Regierung die Wehrpflicht aussetzte. Seit Februar 2011 ist sie bei .ausgestrahlt angestellt, wo sie erneut dafür streitet, ihren Job überflüssig zu machen. Aktuell ist sie in Elternzeit.

Wer ist .ausgestrahlt?

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote und stellen Materialien und Hintergrundinformationen zur Verfügung. Mach mit!

Warum wir Du schreiben

Wir meinen: Wer zusammen arbeitet, duzt sich. Meistens. Viele Aktive fänden ein „Sie“ sehr distanziert. Also: Sei willkommen in der Anti-AKW-Bewegung!

Regionalkontakt gesucht?

Auf www.ausgestrahlt.de/regional findest Du Adressen von Gruppen, die gegen Atomenergie aktiv sind und die mit .ausgestrahlt zusammenarbeiten. Dort stehen auch Termine regionaler Anti-Atom-Aktionen. Du kannst Eure Termine dort veröffentlichen.

E-Mail-Newsletter für aktuelle Infos

Um auf dem Laufenden zu bleiben und rechtzeitig von neuen Aktionen, Materialien, und Entwicklungen zu erfahren, solltest Du auf www.ausgestrahlt.de den kostenlosen E-Mail-Newsletter von .ausgestrahlt abonnieren.